

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 263-2014
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2014.RRGR.1202

Eingereicht am: 24.11.2014

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Vanoni (Zollikofen, Grüne) (Sprecher/in)
Haudenschild (Spiegel, Grüne)
Iannino Gerber (Hinterkappelen, Grüne)

Weitere Unterschriften: 7

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Nach dem Nein zum Tram Region Bern den öffentlichen Verkehr weiterentwickeln

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. in einem Bericht darzulegen, wie der öffentliche Verkehr in der Region Bern nach dem Scheitern des Projekts Tram Region Bern weiterentwickelt werden soll
2. die nötigen Mittel bereitzustellen, um die betroffenen Gemeinden bei der Suche nach alternativen Lösungen (Tram, Bus) aktiv und koordinierend zu unterstützen
3. die nötigen Massnahmen zu treffen, damit der Rückschlag für den öV-Ausbau nicht zur negativen Veränderung des Modal Splits führt
4. verkehrlenkende Massnahmen in der Region Bern beschleunigt zu realisieren, um dem öffentlichen Verkehr die Priorität zu sichern

Begründung:

Nach der Ablehnung der Tram-Region-Bern-Vorlage in Ostermundigen und Köniz droht der Ausbau des öffentlichen Verkehrs in der Agglomeration Bern ins Hintertreffen zu geraten. Insbesondere die Probleme mit der überlasteten Buslinie 10 zwischen Bern und Ostermundigen bleiben

bestehen; die Suche nach einer Lösung darf nicht nur mit Blick auf die örtlichen Verhältnisse erfolgen, sondern muss in eine Neubeurteilung der Lage und Zukunftsperspektiven des öffentlichen Verkehrs in der ganzen Region Bern eingebettet werden.

Es drängt sich deshalb eine Standortbestimmung aus übergeordneter Perspektive auf – als Grundlage für eine aktive Rolle des Kantons bei der Suche nach Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs in der ganzen Region Bern. Dabei ist insbesondere sicherzustellen, dass Bestrebungen für alternative Lösungen in den betroffenen Gemeinden koordiniert erfolgen und nicht dazu führen, dass örtliche Projekte gegeneinander ausgespielt werden. Damit der Kanton eine koordinierende Rolle übernehmen kann, muss er benötigte finanzielle Mittel einsetzen oder zumindest in Aussicht stellen können. Die Mittel, die nach dem Nein zum Tram Region Bern nicht für diesen Zweck gebraucht werden, dürfen nicht für Projekte zugunsten des motorisierten Individualverkehrs (MIV) verwendet werden, sondern sollten für den öffentlichen Verkehr und – zu seiner Entlastung – für die Förderung des Langsamverkehrs reserviert bleiben.

Es gilt zu verhindern, dass der öffentliche Verkehr in der Region Bern wegen ungelöster Probleme an Attraktivität verliert; sein Anteil am Gesamtverkehr (Modal-Split) muss im Gegenteil weiter gesteigert werden können. Damit insbesondere Busse nicht zunehmend in Staus stecken bleiben und damit der Druck zum Ausbau von Strassenkapazitäten nicht weiter zunimmt, sind verkehrslenkende Massnahmen beschleunigt einzuführen. Das gilt insbesondere auch für das Pilotprojekt Verkehrsmanagement Bern-Nord, dessen Realisierung ab Mitte 2011 angekündigt worden war. Mit einer beschleunigten Durchführung dieses Projekts können auch Voraussetzungen für verkehrslenkende Massnahmen in andern Teilen der Agglomeration Bern geschaffen werden, die den öffentlichen Verkehr bevorzugen und die Sicherheit des Fuss- und Veloverkehrs erhöhen.